

Zusammenfassung aus der Niederschrift

(TOP 80) des Gemeinderats Heilbronn vom 30. April 2026

Thema: Festlegung des Hauptverkehrsstraßennetzes (HVS-Netz) und Reihenfolge der Straßenbauprojekte (Gemeinderatsdrucksache Nr. 100).

Hintergrund:

Es liegt der Bericht des Amts für Straßenwesen vom 26. März 2026 mit Karte des HVS-Netzes vor. Verwiesen wird auf die Beratung im Bau- und Umweltausschuss vom 21. April 2026. Zusätzlich gab es Anträge der Fraktion PRO Heilbronn (21. April) und der CDU (28. April).

Diskussion (Auszüge):

- Die CDU (StR Mettendorf u. a.) lehnte eine „Generalvollmacht“ für die Verwaltung ab. Sie forderte, dass bauliche oder verkehrsrechtliche Maßnahmen – besonders auf Straßen von örtlicher Bedeutung auch außerhalb des HVS-Netzes – weiterhin rechtzeitig und umfassend dem Gemeinderat vorgelegt werden müssen. Beispiele: Verkehrsversuch Friedrich-Ebert-Brücke, Parkplatzwegfall am WTZ-Turm oder frühere Maßnahmen in der Lohtorstraße.

- StR Dagenbach hat zu Protokoll gegeben und beantragt:

Den Umbau und die Verlängerung der Saarlandstraße frühestmöglich, spätestens in den Jahren 2029/2030 zu beginnen.

Seine Begründung:

- Das Projekt sei seit Jahrzehnten als notwendig anerkannt und vom Gemeinderat beschlossen, um die westlichen Stadtteile (Böckingen, Klingenberg, Frankenbach, Neckargartach) verkehrlich und umweltmäßig zu entlasten.

- Die Planung sei weitgehend abgeschlossen und müsse ggf. nur noch aktualisiert werden.

- Der ursprünglich geplante Baubeginn sei nur wegen der gestrichenen Landesförderung (durch die damalige grün-rote Landesregierung) verschoben worden.

- Die Stadt Heilbronn könne und solle das Projekt vorfinanzieren, anstatt weiter auf unerfüllte Landeszusagen zu warten (ähnlich wie früher beim Krankenhausbau).

Er zitierte dazu auch eine Rede des damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden Alexander Throm aus dem Jahr 2011, in der die Saarlandstraße bereits als dringend notwendig bezeichnet wurde.

- AfD (StR Schweitzer) schloss sich den Bedenken an und kritisierte u. a. die Einstufung der Allee.

- SPD (StR Pfeifer), FWGH (StR Burkhardt), FDP (StR Weinmann) und weitere unterstützten den Verwaltungsvorschlag weitgehend. Sie sahen darin keine Blankovollmacht, sondern die sinnvolle Fokussierung des motorisierten Verkehrs auf die Hauptachsen bei gleichzeitiger Verkehrsberuhigung und Aufwertung von Nebenstrecken für Fuß-, Rad- und Aufenthaltsqualität. Die Verwaltung bleibe an die Hauptsatzung gebunden (z. B. Vorlage ab 500.000 €).

- Mehrfach wurde die lange Planungsdauer der Saarlandstraße kritisiert (u. a. StR Dagenbach, der eine frühere Realisierung und Vorfinanzierung durch die Stadt forderte; StR Pfeifer und Weinmann). Die Verwaltung (BM Ringle) betonte, dass es heute nur um die Reihenfolge gehe, nicht um konkrete Zeitpläne oder Parallelbeauftragung mehrerer Großprojekte. Details zur Saarlandstraße könnten bei Bedarf gesondert behandelt werden.

Abstimmungen:

- Antrag der CDU: abgelehnt (15 Ja : 17 Nein).

- Antrag der PRO Heilbronn: abgelehnt (2 Ja, 2 Enthaltungen).

Beschluss:

1. Der Gemeinderat bestätigt das vorgeschlagene Hauptverkehrsstraßennetz.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Weiterentwicklung des Verkehrsnetzes für den motorisierten Verkehr auf das HVS-Netz zu fokussieren und abseits davon geeignete Maßnahmen zur Senkung der Verkehrsbelastung, zur Schaffung zusätzlicher Räume für Fuß- und Radverkehr sowie zur

Steigerung der Aufenthaltsqualität zu entwickeln.

3. Der Gemeinderat bestätigt die angestrebte Reihenfolge der Großprojekte: Nordumfahrung → Peter-Bruckmann-Brücke → Saarlandstraße → Ausbau der Neckartalstraße. Die Verwaltung soll die jeweils notwendigen nächsten Planungsschritte den Gremien vorlegen.

([Protokoll](#): 7 Seiten, öffentlich; Vorsitz: Oberbürgermeister Mergel.)